



Herzlich Willkommen zum aktuellen Newsletter des Landtagsabgeordneten Joachim Köbler. Auch heute informieren wir Sie über Termine, die Arbeit im Wahlkreis und über landespolitische Themen.

Sehr gerne dürfen Sie diesen Newsletter auch an Ihre Freunde weiterleiten. Leserinnen und Leser, die an einem regelmäßigen Bezug des Newsletters interessiert bzw. nicht mehr interessiert sind, können sich jederzeit über die E-Mail-Adresse wahlkreis@joachim-koessler.de an- bzw. abmelden.

Energieverbrauch in Baden-Württemberg hat sich im Jahr 2007 deutlich verringert

Joachim Köbler MdL :„Anteil der erneuerbaren Energieträger erhöht



Über die vorläufigen Zahlen, die zum Energieverbrauch im Jahr 2007 in Baden-Württemberg vorliegen, hat sich der Wirtschaftsausschuss des Landtags in seiner Sitzung am Mittwoch, 17. September 2008, informiert. Wie der CDU-Abgeordnete Joachim Köbler mitteilte, hat sich der Primärenergieverbrauch, also

der Verbrauch der direkt in der Natur vorkommenden Primärenergieträger wie etwa Kohle, Erdöl oder Erdgas, 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 Prozent verringert. Ausschlaggebend hierfür seien vor allem die extrem milde Witterung, aber sicherlich auch die schon damals stark gestiegenen Energiepreise gewesen. Außerdem habe sich der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch von 6,5 Prozent im Jahr 2006 auf 7,6 Prozent im Jahr 2007 erhöht.



Der Endenergieverbrauch hat sich laut Köbler im Jahr 2007 um 4,6 Prozent verringert, die Bruttostromerzeugung sei gleich geblieben. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Bruttostromerzeugung sei 2007 auf rund 13 Prozent gestiegen. Im Bereich des Wärmeverbrauchs betrage der Anteil der erneuerbaren Energieträger 8,2 Prozent. Die Windenergie habe einen Anteil an der Bruttostromerzeugung von 0,7 Prozent gehabt. Dies werde noch vom Ergebnis der Fotovoltaik und des Biogases übertroffen, die 2007 einen Anteil von 1,0 bzw. 1,1 Prozent an der Bruttostromerzeugung erreicht hätten.

„Die Entwicklung sowohl im Bereich des Primärenergieverbrauchs als auch bei der Stromerzeugung und beim Wärmeverbrauch lässt erkennen, dass die Ziele des Energiekonzepts 2020 erreichbar sind“, erklärte Joachim Köbler MdL. Nach diesem Konzept solle der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 20 Prozent steigen. Außerdem solle der Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmebereitstellung bis dahin mindestens 16 Prozent betragen. Die Nutzung von Biokraftstoffen solle dem Bundesziel entsprechend ausgebaut werden. Damit solle ein Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch von mindestens 12 Prozent im Jahr 2020 erreicht werden, so der Abgeordnete Joachim Köbler abschließend.

Joachim Köbler MdL: „Bündnis für die Jugend wichtiger Baustein im Kinderland“

Gesamtbildungskonzept zielt auf weitere Verzahnung von Schule und außerschulischer Bildung

„Das Bündnis für die Jugend kommt gut an und es kommt gut voran.“ Dieses Fazit zieht der Landtagsabgeordnete Joachim Köbler aus Gesprächen mit Jugendverbänden und aus der Stellungnahme der Landesregierung zu bisherigen Aktivitäten der Regierung im Rahmen des „Bündnisses für die Jugend“. Im Juli 2007 hatte Ministerpräsident Günther Oettinger mit der Sportjugend, der Landesarbeitsgemeinschaft offene Jugendbildung, dem Landesjugendring, der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung und der Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände das „Bündnis für die Jugend“ abgeschlossen.

„Die Jugendverbände in Baden-Württemberg erfahren durch den Vertrag eine hohe Wertschätzung ihrer Arbeit. Außerdem erhalten sie finanzielle Planungssicherheit bis zum 31. Dezember 2011“, betonte Joachim Köbler MdL. Die Haushaltshoheit des Landtags sieht sie durch diese Bündnispolitik der Landesregierung nicht tangiert: „Die Regierung sichert den Jugendverbänden zu, die im Haushalt eingestellte Fördersumme von jährlich 12.343.200 Euro tatsächlich be-



reit zu stellen und nicht beispielsweise durch Bewirtschaftungsrestriktionen im Haushaltsvollzug zu schmälern.“

Die bisherigen Gespräche und Vorhaben im Rahmen des Bündnisses bezeichnete sie als vielversprechend. Jugendpolitik sei eine Querschnittsaufgabe, die viele gesellschaftliche Bereiche und verschiedene politische Ressorts berühre, so Köbler. „Es ist sinnvoll, über Jugendpolitik an runden Tischen zu sprechen.“ Joachim Köbler begrüßte, dass sich das Bündnis der Themen Integration und Jugendliche mit Benachteiligungen und Behinderungen annehme und ein Gutachten zum Thema „Demografischer Wandel/Partizipation“ beraten wolle. Zu den einzelnen Bereichen könnten jeweils zusätzlich relevante Akteure einbezogen werden, zerstreute Köbler Bedenken, dass es sich bei den fünf beteiligten Jugendverbänden um einen „closed shop“ handle.

Der Abgeordnete aus Gondelsheim misst dem im Rahmen des Bündnisses geplanten integrierten Gesamtbildungskonzept besondere Bedeutung bei. Dieses Konzept trage der Tatsache Rechnung, dass Schule längst nicht mehr der einzige Bildungsort für junge Menschen sei. „Uns ist die Verzahnung aller Bildungspartner wichtig“, benannte Köbler das CDU-Credo. Ein Gesamtbildungskonzept biete die Chance, allen Beteiligten gleichermaßen gerecht zu werden und Anstöße für kommunale Bildungspartnerschaften zu geben. Außerdem zeigte sich Köbler sehr gespannt auf die konzeptionelle Arbeit, deren Federführung beim Kultusministerium liegt. Wie die Regierung in der Beantwortung der Landtagsanfrage der CDU-Fraktion ankündigt, ist die Fertigstellung des Gesamtbildungskonzepts mit Unterstützung eines Projektbeirats bis spätestens 2011 vorgesehen.



Wirtschaftsausschuss befürwortet Eindämmen des Flächenverbrauchs und Einführung eines Umweltberichts

Anträge zum Ausbau der Windenergienutzung abgelehnt

Einem Gesetzentwurf der Landesregierung, mit dem das Landesplanungsgesetz an Vorgaben der EU angepasst werden soll, hat der Wirtschaftsausschuss des Landtags mehrheitlich zugestimmt. Wie der CDU-Abgeordnete Joachim Köbler, mitteilte, soll mit der Gesetzesänderung insbesondere erreicht werden, dass die voraussichtlichen Auswirkungen der Entwicklungs- und Regionalpläne auf die Umwelt gesondert beschrieben und bewertet werden. Außerdem sollen ein landesweites digitales



Rauminformationssystem für die Raumb Beobachtung sowie ein fakultatives Raumordnungsverfahren für raumbedeutsame Vorhaben eingeführt werden. Anträge der Fraktion GRÜNE, das Landesplanungsgesetz so zu ändern, dass die Errichtung zusätzlicher Windkraftanlagen außerhalb von Vorranggebieten rechtlich erleichtert wird, lehnte die Ausschussmehrheit laut Köbler ab.

Nach Angaben Köblers besteht ein wesentliches Ziel der Gesetzesnovelle in der Eindämmung des Flächenverbrauchs. So werde in dem Gesetzentwurf formuliert, dass „insbesondere die Inanspruchnahme bislang un bebauter Flächen für Siedlung und Verkehr unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und ökologischer Belange spürbar zurückzuführen“ sei. Künftig müssten auch die voraussichtlichen Auswirkungen der Plandurchführung auf die Umwelt in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Umweltbezogene Erwägungen müssten in der Planbegründung mit Überwachungsvorschlägen umfassend dargestellt werden. Zudem würden durch das Gesetzesvorhaben die Belange des vorbeugenden Hochwasserschutzes ausdrücklich in die Verknüpfung von Regionalplanung und Fachplanung einbezogen. Die Betonung der umweltbezogenen Erwägungen und Überwachungsmaßnahmen, so der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Bretten, werde in den Entwicklungsplänen, vornehmlich im Landesentwicklungsplan, und in den Regionalplänen durch eine gesonderte Dokumentation dessen erreicht, was bisher bereits im Rahmen der planerischen Gesamtbetrachtung ein wesentliches Element des Planungsprozesses gewesen sei.



Über diese Änderungen des Planungsgesetzes hinaus, erklärte die Ausschussvorsitzende, sehe das Gesetz redaktionelle Änderungen des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und des Naturschutzgesetzes sowie eine Änderung des Wassergesetzes vor.